

Am Anfang waren es 3.50 Euro

Mit einem Mitgliedsbeitrag von 3,50 Euro begann es. Damals wollte Alexander Scharff die Partei unterstützen, die seiner Meinung nach am besten seine eigenen Wertevorstellungen vertrat und wurde mit 18 Jahren Mitglied der PDS. Dass ist genau sieben Jahre her – gestern stellte ihn seine Partei mit Stimmanteil für den 17. Deutschen Bundestag auf, nachdem er sich in den vergangenen Jahren das Rüstzeug durch seine Tätigkeit als Sprecher seiner Partei im Landkreis Nordhausen und Mitarbeiter des Landtagsabgeordneten Werner Buse verschafft hat.

Scharff tritt an um zu gewinnen. Nordthüringen will er im bundesdeutschen Parlament eine Stimme verleihen, denn er kennt die Probleme der Menschen hier vor Ort genau. Nicht nur während der 115-tägigen Werksbesetzung des Nordhäuser Fahrradwerks war er fast täglich vor Ort, auch seine Arbeit im Abgeordnetenbüro in Nordhausen „... waren prägend“, so Scharff während seiner Vorstellung auf der Vertreterversammlung seiner Partei in Bleicherode. Die Not der Menschen die jede Woche seine Sprechstunde besuchen sind Antrieb genug Dinge zu verändern.

Der Kampf gegen Arbeits- und Perspektivlosigkeit vieler Bürgerinnen und Bürger, vorherrschende Einkommens- und Rentenungerechtigkeit und vor allem sein Engagement für Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen prägen sein politisches Profil. Die Hilfe bei unzähligen Einzelfällen a la Hartz IV die ihm über die Jahre im Nordhäuser Abgeordnetenbüro begegneten, die Unterstützung der Rentnerinnen und Rentner im Gesundheitswesen und ein eigenes Projekt gegen Kinderarmut befähigen Scharff diesen Menschen eine Stimme zu verleihen. Normal- und Geringverdiener, Arbeitslose, kleine und mittelständische UnternehmerInnen und Unternehmer, sowie der Vielzahl an jungen Menschen will Scharff ansprechen und sie für seine Ziele, die der LINKEN, gewinnen.

Den ersten Angriff richtete Scharff an den amtierenden Bundestagsabgeordneten seines Wahlkreises, Manfred Grund (CDU). „Die namentlichen Abstimmungen im Bundestag belegen es. Wer wie der Abgeordnete Grund für den Kriegseinsatz in Afghanistan, Hartz IV, das BKA-Gesetz und die Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre stimmt, vertritt nicht im Geringsten die Mehrzahl Menschen in diesem Land!“